

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Stefanie Fuchs und Anne Helm (LINKE)

vom 29. Oktober 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 30. Oktober 2020)

zum Thema:

Rassistisch motivierte Übergriffe auf Kita-Personal in Treptow-Köpenick

und **Antwort** vom 16. November 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. Nov. 2020)

Frau Abgeordnete Stefanie Fuchs (LINKE) und Frau Abgeordnete Anne Helm (LINKE)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/25 389

vom 29. Oktober 2020

über Rassistisch motivierte Übergriffe auf Kita-Personal in Treptow-Köpenick

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Ist dem Senat zahlenmäßig bekannt, wie viele rassistisch motivierte Straftaten gegen Personal und Betreiber*innen von Kindertagesstätten im Bezirk Treptow-Köpenick stattgefunden haben? (Bitte nach Jahren 2018, 2019 und 2020 und Bezirksteilen aufgeschlüsselt darstellen.)
2. In welcher Form erfolgten die rassistischen Übergriffe und inwieweit konnten die Übergriffe durch Ermittlung von Täterinnen oder Tätern aufgeklärt werden?

Zu 1. und 2.:

Politisch motivierte Straftaten werden im Rahmen des „kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) erfasst. Berufe oder sonstige ausgeübte Tätigkeiten von Geschädigten stellen dabei kein Erfassungskriterium dar, weshalb eine Erhebung im Sinne der Fragestellungen im automatisierten Verfahren nicht möglich ist.

In den Jahren 2018 bis 2020 wurden der Polizei keine Straftaten, welche sich im Bezirk Treptow-Köpenick in einer Kindertagesstätte ereigneten und welche der politisch motivierten Kriminalität (PMK) –rechts- zugeordnet werden, bekannt (Tag der Erhebung: 02.11.2020).

3. Wie werden im Detail die von Kita-Mitarbeitenden gestellten Anzeigen bearbeitet?

Zu 3.:

Durch die anzeigenaufnehmende Polizeidienstkraft werden unaufschiebbare Ermittlungshandlungen (bspw. Sicherung von Videoaufnahmen bei drohender Löschung) veranlasst. Des Weiteren wird geprüft, ob bei der jeweiligen Straftat das Zugrundeliegen einer politischen Tatmotivation angenommen werden kann. Sollte dies bejaht werden, erfolgt die weitere Vorgangsbearbeitung in einem Fachkommissariat des polizeilichen Staatsschutzes im Landeskriminalamt Berlin (LKA). Im Falle einer angenommenen rassistischen Tatmotivation obliegt die Bearbeitungszuständigkeit dem für PMK –rechts- zuständigen Dezernat LKA 53. Sollte keine politische Tatmotivation angenommen werden, obliegt die Vorgangsbearbeitung einer anderen Polizeidienststelle. Die Bearbeitungszuständigkeit richtet sich jeweils nach Faktoren wie beispielsweise dem Tatort oder der Deliktsart.

Im Rahmen der polizeilichen Sachbearbeitung werden die notwendigen Ermittlungshandlungen bis zur Abgabe des Verfahrens an die Strafverfolgungsbehörden, welche über den weiteren Verfahrensgang befinden, durchgeführt.

4. Wie viele Beamte sind mit der Bearbeitung von rassistischen Übergriffen im Bezirk beschäftigt?

Zu 4.:

In den Fachkommissariaten des LKA 53 werden alle stadtweit erfassten Straftaten, welche der PMK –rechts- zugeordnet werden, bearbeitet. Da keine nach Bezirken getrennte Sachbearbeitung erfolgt, ist eine Aussage im Sinne der Fragestellung nicht möglich.

5. Inwieweit ist die Polizei in der genannten Art von Einrichtungen aktiv, um rassistisch motivierten Straftaten gegen Kita-Personal vorzubeugen?

Zu 5.:

Der Bezirk Treptow-Köpenick umfasst die örtlichen Zuständigkeitsbereiche der Polizeiabschnitte 35 (Treptow) und 36 (Köpenick).

Wie in der Beantwortung zu den Fragen 1. und 2. erwähnt, liegen keine Erkenntnisse über rassistisch motivierte Straftaten in Kindertagesstätten im Bezirk vor.

Eine Veranlassung für die Durchführung von Maßnahmen im Sinne der Fragestellung war somit bislang nicht gegeben.

6. Welche weiteren präventiven Maßnahmen seitens der Polizei erfolgen noch im Bezirk Treptow-Köpenick?

Zu 6.:

Dienstkräfte des Polizeiabschnitts 35 treten als beratende Mitglieder des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz Treptow-Köpenick“ auf, welches vom Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick geleitet wird.

Drei Dienstkräfte des Polizeiabschnitts 36 agieren im Themenzusammenhang „interkulturelle Aufgaben“. Diese sind im ständigen Kontakt mit dem Integrationsbeauftragten des Bezirks Treptow-Köpenick.

7. Gibt es Kindertagesstätten in Treptow-Köpenick, die unter besonderer polizeilicher Beobachtung oder unter besonderem Schutz stehen?

Zu 7.:

Um den Schutzauftrag nicht zu gefährden, kann über das Vorliegen von Sicherheitsmaßnahmen keine Auskunft erteilt werden.

8. Welche anderen Maßnahmen plant der Senat, um Mitarbeitende in sozialen Einrichtungen generell besser gegen Rassismus zu schützen?

Zu 8.:

Maßnahmen, welche speziell dem Schutz von Mitarbeitenden in sozialen Einrichtungen gegen Rassismus dienen, sind nicht geplant.

Personen und Einrichtungen, die auf Grund von Rassismus oder anderen Formen von Diskriminierung oder wegen ihres politischen Engagements für demokratische Grundsätze Bedrohungen oder Übergriffen ausgesetzt sind, können Unterstützung beantragen. Möglichkeiten wären zum Beispiel die Finanzierung baulicher Schutzmaßnahmen oder die Auszahlung von Soforthilfen für Betroffene.

Zu diesem Zweck wurde ein Fonds eingerichtet, über welchen jeweils vier bzw. fünf Millionen Euro in den Jahren 2020 und 2021 zur Verfügung stehen. Er wird durch die bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport angegliederte Landeskommission „Berlin gegen Gewalt“ verwaltet.

Berlin, den 16. November 2020

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport